

Stromtrasse soll unter die Erde

Politik will Südlink vorrangig unterirdisch verlegen lassen – Grundmann: Keine weiteren Verzögerungen hinnehmen

ROTENBURG. Auf rund 50 Kilometern Länge könnte die geplante Südlink-Trasse den Landkreis Rotenburg durchschneiden. Doch auch hier gibt es Widerstand. Die Aussicht auf bis zu 80 Meter hohe Masten sowie die Sorge um Elektromog und Wertverlust für Grundstücke sorgt für Kritik an dem vom Netzbetreiber Tennet vorgeschlagenen Verlauf der 500-Kilovolt-Gleichstromtrasse von Schleswig-Holstein nach Süddeutschland. Die soll laut Bundesregierung nun vorrangig unterirdisch verlaufen.

Anfang Juli hatte die große Koalition in Berlin bekräftigt, dass für sie der Netzausbau und insbesondere die Südlink-Planung ein wesentlicher Baustein für die Energiewende ist. Zugleich hoben die Parteispitzen von CDU, CSU und SPD hervor, dass dafür die Akzeptanz vor Ort gestärkt werden muss. Genau daran hapert es in vielen der betroffenen Regionen, was auch dazu führen könnte, dass sich die Planungen erheblich verzögern.

Die Bundesregierung setzt daher nun stärker auf Erdverkabelung. Das war bislang nur in Ausnahmesituationen vorgesehen, weil es deutlich teurer ist, die Kabel unter die Erde zu legen als sie oberirdisch über Masten zu führen. Von sieben Mal so hohen Kosten war bei der Vorstellung der Pläne die Rede. Die Mehrkosten in Milliardenhöhe sind nach Auffassung der Bundesregierung gerechtfertigt, da die Erdverkabelung zu mehr Akzeptanz und zu einem schnelleren Ausbau führe. Aufbringen müssten diese Summe wohl die Stromkunden.

Dass der Bund nun vorrangig auf eine unterirdische Verlegung der Kabel setzt, stößt bei Tennet auf Zustimmung. Auch wenn das bedeutet, dass der niederländische Konzern die Planung möglicher Trassenkorridore neu aufsetzen muss, wie es in einem Schreiben des Netzbetreibers heißt. Der will nun so schnell wie möglich mit den Vorbereitungen für Neu- und Umplanungen beginnen, um



Die Trassenvorschläge von Tennet haben auch im Landkreis Rotenburg Proteste ausgelöst. Wo die Südlink-Trasse künftig verlaufen soll, ist nach den jüngsten Beschlüssen offen.

Foto: rk/Krüger

den Zeitverzug so gering wie möglich zu halten. Politik und Genehmigungsbehörden ruft Tennet auf, in diesem Sinne die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Grundsätzlich wolle das Unternehmen die mit dem Erdkabel verbundenen Mög-

lichkeiten bei der weiteren Südlink-Planung ausschöpfen.

„Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, das nur gelingen wird, wenn Bürger, Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen“, betont der CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grund-

mann. Vor diesem Hintergrund gehe es bei Südlink nicht um das „Ob“, sondern das „Wie“. Dass die Bundesregierung der Erdverkabelung nun Vorrang eingeräumt hat, sei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Akzeptanz vor Ort. Jetzt müssen schnell die Weichen gestellt werden, um in die neue Trassenplanung einzusteigen, so der Politiker aus Stade. „Wir können uns bei der Hauptschlagader der Energiewende keine weiteren Verzögerungen leisten. Die betroffenen Bürger und Kommunen müssen deshalb rechtzeitig eingebunden werden.“

„Es ist gut, dass Tennet bei Südlink jetzt auf Erdkabel einschwenkt und die Planung deswegen neu anlegt“, kommentiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil die Entwicklungen. Er sieht darin einen Erfolg der Bürgerinitiativen und Kommunen auch in dieser Region. Sie hatten sich für ein Umdenken eingesetzt, was offenbar nicht ungehört verhallte. (rk/zz)